

II-4380 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

Wien, am 20. Dezember 1991
GZ.: 10.101/544-X/A/1a/91

1857/AB

1991 -12- 30

ZU 1897/J

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1897/J betreffend die bedenkenlose Vermarktung des Schlosses Schönbrunn, welche die Abgeordneten Voggenhuber, Freundinnen und Freunde am 12. November 1991 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

In der Beantwortung unserer Dringlichen Anfrage wegen des Privatisierung-Fiaskos Schönbrunn haben Sie behauptet, daß Ihnen eine Zusage des Finanzministeriums in Aussicht gestellt worden sei, daß der Bund seine Einnahmen verbindlich in die Substanz reinvestieren kann. Ähnliches haben Sie wiederholt in diversen Interviews geäußert: "Es existiert ein Gentlemen's Agreement zwischen dem Finanzminister und mir, daß mit Wirkung dieses Vertrages sämtliche an den Bund fließenden Mittel zweckgebunden für die Sanierung des Schlosses Schönbrunn verwendet werden müssen". Wie erklären Sie uns die Klarstellung des Finanzministeriums, daß es "entgegen anderslautenden Meldungen, (...) nie ein "Gentleman

~~Republik Österreich~~

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 2 -

Agreement" zwischen den Ministern Schüssel und Lacina gegeben habe, wonach ein Teil der Einnahmen des Bundes aus dem Schönbrunnengeschäft zur Sanierung des Schlosses herangezogen wird"?

Antwort:

Mit dem Bundesministerium für Finanzen wurde - wie auch in anderen Fällen vereinbart -, daß die Einnahmen der Republik Österreich aus dem Vertrag in Schönbrunn reinvestiert werden können. Dies wurde auch im jeweiligen Teilheft zum Bundesvoranschlag vorgesehen und muß natürlich bei der jährlichen Budgeterstellung und den Verhandlungen außer Streit stehen.

Punkt 2 der Anfrage 2:

Wenn der von Ihnen beauftragte Dr. Wille mit dem Schönbrunn-Vertrag, wie Sie behauptet haben, das bestmögliche Verhandlungsergebnis erreicht hat, wieso ließen sich seine Vertragspartner nunmehr doch noch zu weiteren Vertragsänderungen zugunsten der Republik bewegen?

Antwort:

Eine Einnahmengarantie war von uns immer verlangt worden; es liegt somit keine Änderung des Vertragsentwurfs vor.

Punkt 3 der Anfrage:

Medienberichten (FURCHE vom 31.10.1991) zufolge hat das Bundesdenkmalamt je einen neuen Maßnahmen- und Forderungskatalog für den Bereich des Schlosses Schönbrunn erstellt. Werden diese neuen Auflagen und Forderungen des Bundesdenkmalamtes im Vertrag berücksichtigt?

~~Republik Österreich~~

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 3 -

Antwort:

Ja.

Punkt 4 der Anfrage:

Einer aktuellen Messung des Bundesdenkmalamtes zufolge, sollen sich aufgrund der intensiven touristischen Nutzung des Schlosses Schönbrunn die Böden in manchen Räumen des Schlosses um durchschnittlich fünf Zentimeter gesenkt haben. Welche Konsequenzen gedenken Sie daraus zu ziehen?

Antwort:

Beachtung des Forderungskataloges des Bundesdenkmalamtes.

Punkt 5 der Anfrage:

Ist es richtig, daß im Schloßbereich schon vor Vertragsabschluß zahlreiche Vorbereitungen für die sogenannte Privatisierung getroffen werden? Wenn ja, welche?

Antwort:

Nein.

Punkt 6 der Anfrage:

Ist es richtig und im Interesse der Republik Österreich, daß seit langem private Souvenir-Händler die bundeseigenen Verkaufsstellen im Schloß Schönbrunn konkurrieren und damit die Einnahmen des Bundes schmälern? Wenn ja, warum?

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 4 -

Antwort:

Im Bereich des Schlosses Schönbrunn gibt es beim Gruppenausgang und bei der Gloriette bundeseigene Verkaufsstellen, über die ein Großteil des Souvenirverkaufs abgewickelt wird. Der übrige Souvenirverkauf erfolgt durch eine private Firma, an deren Umsatz die Republik Österreich partizipiert.

Punkt 7 der Anfrage:

Derzeit werden, offenbar den Vereinbarungen des Vertragsentwurfes im voraus folgend, Vorkehrungen getroffen, zahlende Mieter zu Lasten der Republik aus jenen Wohnungen zu kündigen, die den Betreibern kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollen. Stimmt es, daß Sie zahlenden Mietern die Wohnungen kündigen bzw. dieses alsbald beabsichtigen?

Antwort:

Nein.

Punkt 8 und 9 der Anfrage:

Durch welche belegbaren Aktivitäten und Maßnahmen können Sie den Vorwurf widerlegen, daß sämtliche Änderungen, die eine Erhöhung der Einnahmen bzw. Milderung oder Beseitigung der ärgsten Mißstände im Schloß Schönbrunn bewirkt hätten, von Ihrem Ministerium verabsäumt wurden?

Durch welche belegbaren Aktivitäten und Maßnahmen können Sie die daraus resultierende Mutmaßung entkräften, Sie hätten die altbekannten Mißstände gepflegt, um wenigstens eine Rechtfertigung für Ihre sogenannte Privatisierung zu haben?

~~_____~~
Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 5 -

Antwort:

Alle Aktivitäten und Maßnahmen wurden auf dem derzeitigen Stand belassen, um eine Änderung der Grundlage der Vertragsverhandlungen auszuschließen.

Punkt 10 der Anfrage:

Sie haben beteuert, daß es nach der von Ihnen gewünschten Privatisierung weiter Bereiche des Schlosses Schönbrunn keinesfalls Fall Kitsch, wie historisch kostümierte Schloßbedienstete geben werde. Wie erklären Sie uns daher den folgenden Passus, des von den voraussichtlichen Betreibern vorgelegten Dienstvertrages vom 5. Juli 1991: "Bei diversen Sonderveranstaltungen nimmt der Dienstnehmer zur Kenntnis, daß auch das Tragen von historischen Kostümen vorgesehen ist?"

Antwort:

Es gilt selbstverständlich meine damalige Aussage.

Punkt 11 bis 15 der Anfrage:

In der Beantwortung unserer Dringlichen Anfrage wollten Sie Kritik an der Privatisierung von Schönbrunn durch den Verweis auf die alte Hofburg entwerfen, die Sie dem Hohen Haus als erfolgreiches Modell Ihrer Schönbrunn-Privatisierung vorgestellt haben. Dieser Vergleich zwischen Hofburg und Schönbrunn ist allein wegen der unterschiedlichen Bausubstanz verfehlt, da Schloß Schönbrunn bekanntlich älter und wesentlich schonungsbedürftiger ist. Davon abgesehen stellen die Vertragsbedingungen der Hofburg-Betreiber Medienberichten (KRONEN ZEITUNG vom 1.11.1991) zufolge keinen

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 6 -

Herzeige-Vertrag dar, da rund 70 Millionen Schilling an Einnahmen ca. 120 Millionen Schilling an Ausgaben gegenüberstehen.

Wieviel Geld hat der Staat in den letzten zehn Jahren im Rahmen der sogenannten Privatisierung der Alten Hofburg eingenommen?

Wie verteilen sich diese Einnahmen auf die einzelnen Bereiche?

Wieviel Geld hat der Staat in den letzten zehn Jahren im Rahmen der privat geführten Alten Hofburg ausgegeben?

Wie verteilen sich diese Ausgaben auf die einzelnen Bereiche?

Inwiefern ändern sich diese Ausgaben, wenn man auch sämtliche Aufwendungen für die Außenbereiche (Fassade, etc) berücksichtigt?

Antwort:

Bis auf die "Neue Burg", "Reichskanzleitrakt" und "Michaelertrakt" sind alle anderen Trakte der Hofburg älter als Schloß Schönbrunn und gehen zum Teil, z.B. Schweizerhof, bereits auf die Babenberger zurück. Schloß Schönbrunn wurde bekanntlich erst im 17. Jahrhundert erbaut und ist somit rund 500 Jahre jünger als die alten Bereiche der Hofburg. Lediglich ein Teil des ersten Stockwerks der "Alten Hofburg" wird vom Kongresszentrum genutzt. Der übrige Teil wird jedoch von der Republik Österreich genutzt.

Punkt 16 der Anfrage:

Wie erklären Sie, der Kritik an Ihrer Schönbrunn-Privatisierung als unbegründet abtun wollte, die Tatsache, daß sich nun auch der Rechnungshof besorgt der Causa Schönbrunn annehmen will?

~~Republik Österreich~~

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 8 -

Antwort:

Der Prüfauftrag des Rechnungshofes lautet: "Überprüfung der Gebarung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten im Zusammenhang mit Schloß Schönbrunn".

